

Bundeskanzler Gerhard Schröder befindet sich seit dem Sommer in der Defensive. Sein kategorisches "Nein" zu einer deutschen Beteiligung an einem möglichen Krieg klingt nun sehr viel relativer: keine direkte deutsche Beteiligung mit eigenen Einheiten, sehr wohl aber uneingeschränkte Unterstützung für die amerikanischen Truppen bei den Vorbereitungen des (Angriffs-)Krieges in Deutschland. Inzwischen wird auch über entsprechende deutsche Rüstungslieferungen als Kompensation für die fehlende direkte Beteiligung deutscher Soldaten an einem Krieg gegen den Irak diskutiert. Wird die Bundesregierung unter Schröder nun in die Fußstapfen der Regierung Kohl treten – die im zweiten Golfkrieg der Golfkriegsallianz insgesamt Rüstungsgüter im Wert von 8,7 Mrd. Euro zur Verfügung stellte? Die derzeitige Debatte um die Lieferung von Patriot Flugabwehrraketensystemen und Transportpanzern des Typs Fuchs an Israel belegt erneut, daß in Zeiten diplomatischer Krisen die politischen Selbstverpflichtungen zur Beschränkung von Rüstungsexporten keine Rolle spielen. Die Aufrüstung von Staaten in Krisenregionen bzw. von Staaten, die sogar in gewalttätige Auseinandersetzungen verwickelt sind, wird billigend in Kauf genommen. Im Falle Israels kann zudem davon ausgegangen werden, daß das irakische Bedrohungsszenario wirkungsvoll als Hebel für die Vereinbarung wesentlich längerfristiger Rüstungskooperationsvorhaben eingesetzt wird.

Dejà vu am Golf:

Deutschland liefert Waffen an Israel

Die momentane Diskussion um die mögliche Lieferung von Patriot Flugabwehrraketensystemen und Transportpanzern Fuchs am Vorabend eines Irak-Krieges weckt Erinnerungen an den zweiten Golfkrieg und legt nahe, die gegenwärtigen Anfragen im größeren Kontext der bisherigen deutsch-israelischen Rüstungskooperation und unter Berücksichtigung eines längeren Zeithorizonts zu betrachten.

Deutsch-israelische Rüstungskooperation: Ein kurzer Rückblick

Während des zweiten Golfkriegs vereinbarten Bundeskanzler Kohl und Premierminister Rabin im Rahmen der Golfkriegshilfe überraschend die Lieferung von Rüstungsgütern im Wert von etwa 615 Mio. Euro. Geliefert wurde eine Patriot Flugabwehrbatterie im Wert von 82 Mio. Euro, mehrere tausend ABC-Schutzmasken und Kleidungsartikel, sowie acht ABC-Spürpanzer Fuchs – jeweils aus Bundeswehrbeständen.

Außerdem wurde die Produktion von zwei U-Booten des Typs Dolphin durch die deutsche Werft Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) beschlossen. Drei Jahre später erfolgte dann noch die Vereinbarung für ein drittes U-Boot sowie die entsprechenden Torpedos. (1)

Die Vereinbarungen im Rahmen der Golfkriegshilfe waren eine Konsequenz der vorangegangenen Rüstungskoope-ration zwischen beiden Staaten. Die deutsch-israelische Rüstungskoope-ration kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Sie begann Ende der 50er Jahre und wurde maßgeblich von dem beidseitigen Bedürfnis nach Vertraulichkeit geprägt: einerseits aufgrund des Holocaust, andererseits aber auch - aus deutscher Perspektive - um die Geschäftsinteressen in den arabischen Staaten nicht zu gefährden. Die Hauptbereiche der Kooperation erstreckten sich auf die gemeinsame Auswertung von Rüstungsgütern - vorwiegend sowjetischer Bauart, die gegenseitige Lieferung von Komponenten für Waffensysteme und - wenn auch seltener - die Lieferung kompletter Waffensysteme. Die Vertraulichkeit führte zum Aufbau undurchsichtiger Transaktions- und Koordinationsstrukturen. Häufig wurden die Rüstungsgeschäfte über die Geheimdienste Mossad und Bundesnachrichtendienst getätigt, vorbei an jeder parlamentarischen Kontrolle und fast immer in einer juristischen und politischen Grauzone.

Das bisherige finanzielle Volumen der Rüstungsgeschäfte läßt sich daher nur schwer bestimmen, ist aber auch nicht das ausschlaggebende Kriterium für die Bewertung der Qualität. Die Bedeutung, die beide Seiten der Kooperation beimessen, muß nach wie vor sehr hoch sein, denn nur so läßt sich erklären, weshalb die Bundesregierung, trotz der erwiesenen Skandalträchtigkeit der Beziehungen, weiter an ihrer bisherigen Strategie der strengsten Vertraulichkeit festhält, statt eindeutig zu dem Ausmaß der Kooperation und der rechtlichen Grundlagen dafür Stellung zu beziehen.

Zwei Beispiele: (2)

- 1988 kam es zu einem Skandal, als öffentlich wurde, daß deutsche und israelische Firmen in Koordination durch das Bundesverteidigungsministerium und die Geheimdienste seit 1972 an dem Einbau von Stör- und Täuschsendern in die Tornado-Flugzeuge arbeiteten. Das Budget für das Projekt mit dem Codenamen Cerberus, in Höhe von etwa 2 Mrd. DM, wurden in anderen Haushaltstiteln versteckt, standardisierte Prüfvorhaben wurden umgangen oder manipuliert.

- 1991 kam es zu einem Skandal, als im Hamburger Hafen eine nicht-genehmigte Lieferung von NVA-Rüstungsmaterial

(1) Vgl. Wissenschaft&Frieden, Nr. 4/02, S.34ff, Beitrag auch unter www.bits.de/frames/publicid.htm herunterladen

(2) Vgl. Wissenschaft&Frieden, Nr. 4/02, S.34ff, Beitrag auch unter www.bits.de/frames/publicid.htm herunterladen

(3) Zum Cerberus-Skandal siehe *ami*, Nr. 11/90, S. 7f; zum NVA-Skandal siehe z.B. *Guardian*, 29. 10. 91; *Süddeutsche Zeitung*, 31. 10. 91

(4) Vgl. Politische Richtlinien zu finden als Anlage 1 im Rüstungsexportbericht 2000, unter <http://www.bmwi.de/Homepage/download/aussenwirtschaftspolitik/Ruestungsexportbericht2000.pdf>

(5) Die 5,3 Meter langen, 40 Zentimeter dicken und 900 Kilogramm schweren Flugkörper erreichen nahezu vierfache Schallgeschwindigkeit und können Ziele in einer Höhe bis zu 30 Kilometern und einer Entfernung von über 100 Kilometern treffen. Der Stückpreis eines Flugkörpers betrug bei der Einführung etwa 700 000 Dollar. www.fr-online.de, 26. 11. 02

(6) Vgl. *ami* 10/02, S. 5ff, Beitrag auch unter www.bits.de/frames/publid.htm herunterzuladen; Bericht von Reuven Pedatzur: *The Israeli Experience Operating Patriot in the Gulf War, before the Committee on Government Operations, U.S. House of Representatives*, 7. 4. 1992

zur technischen Auswertung in Israel – deklariert als „land- und forstwirtschaftliches Gerät“ – entdeckt wurde. Auch hier waren die beiden Geheimdienste mit der Ausführung des Exports beauftragt. Insgesamt wurden auf diesem Wege 14 Lieferungen getätigt. (3)

Israel ist und bleibt für die Bundesregierung ein brisanter Kooperationspartner. Die israelische Armee führt im Inneren gegenwärtig einen Krieg in den Palästinensischen Autonomiegebieten. Die israelische Regierung hält sich alle militärischen Optionen bei der Verteidigung ihrer nationalen Sicherheit offen, sowohl was den Einsatz von Massenvernichtungswaffen angeht, wie auch die präventive Kriegsführung gegen eine vermutete Bedrohung. Unter diesen Gesichtspunkten muß die Bundesregierung ihre bisherige Exportpolitik für Waffensysteme, Rüstungskomponenten und Dual-Use Güter nach Israel überdenken. Kann es unter diesen Umständen eine qualitative Abgrenzung zwischen offensiven und defensiven Rüstungstechnologien geben, die einen Rüstungsexport in Krisenregionen oder sogar den Krieg vorbereiten und Krieg führende Staaten in Einklang, u. a. mit dem Kriegswaffenkontrollgesetz und den politischen Richtlinien für den Rüstungsexport aus dem Jahr 2000, bringen. (4)

Patriot Flugabwehrraketensystem

Die Bundeswehr verfügt derzeit über 36 Patriot Batterien. Jede Batterie besteht aus acht Werferfahrzeugen mit vier PAC-2 Raketen. Nach der vom damaligen Verteidigungsminister Scharping entwickelten Bundeswehrplanung sollen sechs Batterien und etwa 360 PAC-2 Raketen an andere Staaten verkauft werden. Die israelische Armee hatte bereits seit 2000 wiederholt ihr Interesse an den Patriot-Systemen bekundet. (5)

Seit dem Golfkrieg verfügt Israel bereits über vier Patriot Batterien - eine davon aus Bundeswehrbeständen. Die Patriot gelten immer noch als eines der modernsten Flugabwehrraketensysteme, erlangten ihre "Berühmtheit" allerdings während des zweiten Golfkrieges mit den Abschüssen vereinzelter irakischer Scud-Raketen über Israel. Im Nachhinein stellte sich allerdings heraus, daß ihre Wirkungsbilanz bei der Raketenabwehr ungenügend war und sogar die Gefährdung der eigenen Bevölkerung erhöhte. (6)

Die israelische Armee begann damit, gemeinsam mit den USA, ein modernes Raketenabwehrsystem zu entwickeln und zu beschaffen: Arrows. Militärexperten zu folge soll dieses System, von dem eine Batterie bereits ausgeliefert worden

ist, effektiver und billiger feindliche Raketen abschießen können. (7)

Trotzdem überrascht es nicht, wenn unter diesen Gesichtspunkten immer noch von beiden Seiten der Beitrag zur Abwehr von irakischen Scud-Raketen in den Vordergrund gestellt wird. Hier wird ein Bedrohungsszenario aufgebaut, welches der israelischen Regierung die Möglichkeit bietet, nicht nur auf eine schnelle Erledigung der Anfrage zu drängen, sondern auch den Preis nach unten zu drücken. Würden der Patriot-Export unter dem Gesichtspunkt der Abwehr von Flugzeugen diskutiert werden, wäre eine Dringlichkeit schon schwerer zu begründen – auch wenn einige Beobachter auf eine akute Bedrohung Israels durch irakische Sprühflugzeuge mit biologischen Kampfstoffen an Bord verweisen.

Umgekehrt bietet das Scud-Szenario auch der Bundesregierung den leichtesten Ausweg, nachdem die Anfrage publik geworden war. Bundeskanzler Schröder erneuert das Bekenntnis Deutschlands zu seiner Verpflichtung, die Sicherheit Israels und den Schutz der israelischen Bevölkerung gegen externe Angriffe mit allen Mitteln zu stützen und liefert die gewünschten Patriot-Systeme. Das zwei Patriot Batterien geliefert werden, gilt inzwischen als sicher. Diskutiert wird nun nur noch über das Entgelt. Ursprünglich hat die Bundeswehr etwa 85 Mio. Euro pro Batterie ausgegeben. (8) Israel dagegen dringt auf eine schnelle "leihweise" Stationierung, aus der später wohl eine permanente kostenlose werden wird. (9)

Obwohl das Bekanntwerden der israelischen Anfrage nach Patriot-Systemen am 24. November 2002 und nach Fuchs-Panzern am 26. November 2002 für das Bundeskanzleramt zu einem unpassenden Zeitpunkt erfolgten, gelang es der Regierung schnell eine positive "Message" damit zu verbinden. Patriot-Batterien und Fuchs ABC-Spürpanzer seien doch kein Problem sondern sogar eine Pflicht gegenüber Israel, dienen beide Systeme doch ausschließlich dem Schutz der Bevölkerung und der Soldaten bei einem irakischen Angriff mit ABC-Waffen. Nur hatte von ABC-Spürpanzern leider keiner geredet! (10)

Die israelische Anfrage bezog sich auf den Transportpanzer Fuchs, der, anders als der Spürpanzer, als offensives Kriegsgerät eingestuft wird. Gegenwärtig hat die Bundeswehr, nach eigenen Angaben, etwa 1.050 dieser Panzer, für verschiedene Aufgaben ausgerüstet. Umso mehr stieg die

(7) Vgl. *ami* 10/02, S.5ff, Beitrag auch unter www.bits.de/frames/publid.htm herunterzuladen; Center for Defense Information: *Israel's Arrow Missile Defense – Not Ready for Prime Time*, unter www.cdi.org/missile-defense/arrow-pr.cfm;

(8) *Stuttgarter Zeitung* 26.11.02; *die Frankfurter Rundschau* nennt 90 Mio. Euro als derzeitige Richtgröße, 26.11.02, www.fr-online.de
(9) *Spiegel* Nr.50/02, S.30

(10) Vgl. auch *Handelsblatt* 25.11.02; *Frankfurter Rundschau*, 27.11.02, *Tagesspiegel*, 27.11.02

den Export von abgespeckten ABC-Spürpanzern, die dann bewaffnet werden, oder nur unter der Auflage, daß die Fuchs nicht in den Autonomiegebieten eingesetzt werden. Letzteres erinnert an die Diskussionen um den Export solcher Waffensysteme in die Türkei und deren Einsatz in den kurdischen Gebieten.

Der Lohn der Arbeit - Am Ende immer ein U-Boot?

Erneut zeigt sich, wie viele Facetten das Rüstungsexportgeschäft besitzt, erst recht zwischen Deutschland und Israel. Die Veröffentlichung der Patriot-Anfrage könnte auf drei Erwägungen beruhen. Erstens bietet sich derzeit für die Befürworter einer engeren Kooperation mit Israel die günstige Gelegenheit, der israelischen Armee die gewünschten Patriot-Systeme fast kostenlos zu verschaffen. Vor dem Hintergrund der fast gleichzeitig auftauchenden amerikanischen Anfrage an die Bundesregierung über die Unterstützungsleistungen im Falle eines Krieges im Irak, zwangen die Patriots die Bundesregierung zweitens zu einer Positionierung zu Materialhilfen für die neue "Golfkriegsallianz". War dies das Auftaktsignal auch für andere Staaten – ähnlich wie im zweiten Golfkrieg – politisch die deutschen Enthaltung bei der Entsendung eigener Soldaten zu nutzen und sich kostenlose bzw. vergünstigte Rüstungslieferungen für den weihnachtlichen Gabentisch zu verschaffen? Drittens wurde die Bundesregierung mit der Anfrage dazu bewegt, noch einmal öffentlich ihre Solidarität mit Israel zu bekunden – Worte, die diplomatisch verpflichtend sein können. Der Schnellschuß der Exportanfrage für die Transportpanzer wird vor allem auf der letzteren Erwägung beruht haben.

Es zeigt sich bei alledem, wie sehr die Bundesregierung laviert und mangels konsequenter Umsetzung ihrer eigenen politischen Vorgaben manipulierbar erscheint. Ohne eine klare Position zum Umgang mit Rüstungsexporten in Krisenregionen wird sie sich immer wieder in Widersprüche verstricken. Selbst wenn jetzt rot-grün "konsequent" die Lieferung von Fuchs-Transportpanzern im Bundessicherheitsrat ablehnt, wird gleichzeitig die Lieferung von Komponenten für andere Panzer, wie den Merkava 4 Kampfpanzer, fortgeführt, die derzeit im Krieg gegen die palästinensische Autonomiebehörde eingesetzt werden. (14)

Und, um wieder die Brücke zur Golfkriegshilfe 1991 zu schlagen, zeichnet sich das nächste öffentlichkeitswirksame Export-Dilemma für die Bundesregierung schon ab: die Produktion und Lieferung zweier weiterer U-Boote des Typs Dolphin.

(14) siehe zu der Diskussion um die Komponentenlieferungen im Frühjahr 2002 die *Financial Times Deutschland*, 9.4.02; *Frankfurter Rundschau*, 10.4.02

(15) zur amerikanischen Militärhilfe für Israel vgl. Sean Odium: *The U.S.-Israeli arms trade – It always takes two to tango.* BITS Briefing Note Nr. 02.3, November 2002, www.bits.de/fraumes/publid.htm

(16) Dies war auch im Interesse der deutschen Werftenindustrie, da damals abzusehen war, daß die Bundesregierung ihre Beschaffungssentscheidung über neue Marinevorhaben erst zu einem späteren Zeitpunkt umsetzen würde.

(17) Daneben auch um weitere 10 Mrd. Euro allgemeiner Wirtschaftshilfe, die aber auch für den Aufbau militärischer Infrastruktur eingesetzt werden kann. Vgl. *Deutsche Presse Agentur*, 27.11.02; *Defense News Weekly*, 25.11.02; *Ha'aretz*, 25.11.02

(18) Zur Übernahme von HDW durch One Equity Partners vgl. *ami* 7-8/02, S.22ff.

Bereits in den 80er Jahren plante Israel die Beschaffung von fünf U-Booten, basierend auf deutschen Bauplänen. Bis 1991 gelang es Israel nicht, die notwendigen finanziellen Mittel dafür zu sichern. Bei der Beschaffung von größeren Waffensystemen war Israel immer auf externe finanzielle Hilfe angewiesen, vorwiegend im Rahmen des Foreign Military Financing Programms der USA. (15) Als die Bundesregierung damals sozusagen in der moralischen Pflicht war, finanzielle Leistungen zu erbringen, führte mangels Alternativen kein Weg an den U-Booten vorbei. Denn schon damals wollte die Bundesregierung wegen der regionalen Sicherheitslage weder Flugzeuge noch Raketen oder Panzer nach Israel exportieren. (16)

Auf die zwei 1991 vereinbarten U-Boote folgte noch ein drittes – alle drei wurden zwischen 1998 und 2000 ausgeliefert - und wiederholt wurde signalisiert, daß Israel immer noch an den alten Planungszahlen festhält. Nun ist die Konstellation sogar in mehrfacher Hinsicht günstig. Deutschland steht erneut vermeintlich Abseits bei einem Krieg gegen den Irak und muß Kooperationsbereitschaft nach allen Seiten signalisieren – z. B. bei der Genehmigung des Exportes von U-Booten, ganz gemäß dem Spruch "Was schwimmt, geht". Gleichzeitig wird die US-Regierung bald über eine Aufstockung der Militärhilfe für Israel entscheiden, zusätzlich zu den jährlichen 2,1 Mrd. Euro. Bei den Gesprächen Ende November ging es um 4 Mrd. Euro. (17) Außerdem befindet sich die ausführende deutsche Werft HDW inzwischen zu 100% in amerikanischen Händen, so daß eine Finanzierung zweier weiterer U-Boote ohne erhebliche Mühen durch die amerikanische Militärhilfe möglich wäre. (18)

Irak hin oder her, die Diskussionen um Patriot und Fuchs wären dann nicht mehr als die Ouvertüre eines großen Waffengeschäfts gewesen ■ **CS**